



**Pressemitteilung 22.09.2017**

### **Vorrang für Sicherheit vor Finanzen!**

Das aktuelle Gutachten zur Verkehrssicherheit der Unfallforscher vom Gesamtverband der Versicherungswirtschaft (GdV) spricht eine deutliche Sprache. Die Bemühungen von Polizei und Verwaltung in den letzten Jahren gingen in die falsche Richtung bzw. waren nicht ausreichend. Der Automobil-Club Münster im ADAC (ACM) hat immer wieder und eindringlich darauf hingewiesen, dass die vorhandenen Kräfte auf die unfallträchtigen Stellen konzentriert werden müssen, um das seinerzeit angestrebte Ziel, die Unfallzahlen um jährlich 10% zu senken, auch zu erreichen. Doch was wurde gemacht? Auf Drängen der Polizei und mit Unterstützung durch die Verwaltung wurde eine flächendeckende Geschwindigkeitsüberwachung durchgeführt und das auch an Stellen, an denen laut Gutachten aus 2007 keinerlei Unfälle zu verzeichnen waren. Stadtweit wurde die Geschwindigkeit auf Tempo 50 reduziert, weil der Autofahrer angeblich nicht in der Lage ist, mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten umzugehen. Dass dies in anderen Städten wie Bielefeld, Gütersloh und Dortmund sehr gut funktioniert, spielte keine Rolle. Das neue Gutachten des GdV zeigt eindeutig, dass bauliche Maßnahmen verschiedenster Art, die an Unfallhäufungsstellen erfolgten, auch ein positives Ergebnis bringen. Neben Überprüfung von Ampelschaltungen waren es auch die Rotmarkierungen der Radfahrerfurten oder bauliche Veränderungen, die hier zu mehr Aufmerksamkeit und Sicherheit beitrugen. Kontraproduktiv war allerdings die Tatsache, dass hier angeblich Geldmangel herrschte und so ist die Kritik des GdV an zu wenigen baulichen Maßnahmen völlig berechtigt. In den vorangegangenen Jahren wurden weniger als 10% der Bußgeldeinnahmen (4,7 Mio. Euro in 2016) dafür verwendet. Der Gipfel war und ist allerdings das Jahr 2017, in dem die Mittel für bauliche Maßnahmen massiv reduziert wurden, jedoch ein dritter Radarwagen mit Personal für 110.000 Euro finanzierbar war. Die Geschwindigkeit wird immer wieder als Hauptunfallursache angeführt, obschon sie in der Statistik nur an 5. Stelle steht. Durch gebetsartige Wiederholung kann man diese Zahlen nicht verändern. Entgegen der Begründung in der aktuellen Ratsvorlage wird weiterhin nicht nur an Unfallhäufungsstellen gemessen.

Auch scheint es, als wollten die Verantwortlichen diese schlechten Zahlen damit beschönigen, dass die Bevölkerung mittlerweile um rd. 30.000 Bürger gewachsen sei und somit auch das Verkehrsaufkommen. Wir haben als Mitglied der Ordnungspartnerschaft Verkehrsunfallprävention (OPVU) immer wieder darauf hingewiesen und Veränderungen im Verhalten eingefordert, jedoch ohne Erfolg. Polizei und Verwaltung haben ihren Weg unbeirrt fortgesetzt und jetzt bekommen sie durch das aktuelle Ergebnis der Unfallforscher die traurige Quittung.

Das Gutachten zeigt ebenfalls ein erschreckend schlechtes Ergebnis bei den Radfahrern mit einer Steigerung von 30% im Vergleich zu 2004-2006. Die Alleinunfälle von Radfahrern haben sich sogar um 166% erhöht. Die meisten Unfälle passieren an Knotenpunkten, so dass Nichtbeachten der Vorfahrt, falsches Abbiegen und Benutzung des falschen Radweges zu den Unfällen führen und die Geschwindigkeit hierbei nebensächlich ist. Das Fazit des GdV besagt, dass nun endlich konsequent investiert werden muss und zwar an den Unfallhäufungsstellen. Nur so ist die angestrebte Senkung der Unfallzahlen (vielleicht) zu erreichen. Lediglich 54% der vor 11 Jahren vorgeschlagenen Maßnahmen sind umgesetzt und bei den längerfristigen lediglich rund 30%. Zurzeit wird eine Vorlage der Verwaltung in den politischen Gremien diskutiert und entschieden, die zwar eine Fortführung der OPVU vorsieht, jedoch sollen wieder lediglich 440.000 Euro in 2018 für die Umsetzung von Baumaßnahmen verwendet werden. In dieser Vorlage weist die Verwaltung allerdings darauf hin, dass in 2016 die Geschwindigkeitsmesswagen einen Aufwand von 257.590 € und einen Ertrag von 425.084 € erbracht haben. Solche Zahlen finden wir beim Thema Sicherheit im Hinblick auf das aktuelle Ergebnis des Gutachtens beschämend. Der Fakt, dass die Vorlage vor der Veröffentlichung des Gutachtens zur Entscheidung in die politischen Gremien gebracht wird, kann man diplomatisch formuliert nur als Merkwürdigkeit bezeichnen. Die von uns in den letzten Sitzungen der OPVU vorgebrachte Kritik, auch im Umgang mit den Partnern, zeigt keine Erfolge und das geforderte Umdenken in der Handlungsweise fand bisher nicht statt. Hoffentlich bringt das Gutachten des GdV jetzt entsprechende Bewegung in die Köpfe der Verantwortlichen und auch ein Umdenken im Verhalten gegenüber den 25 Partnern, die fachliche Kompetenz, Erfahrung und Engagement einbringen könnten, wenn man sie denn lässt.

[www.ac-muenster.de](http://www.ac-muenster.de)